

genüber dem Vorjahr (Hamburger Abendblatt vom 25.11.16). Das bedeutet mehr Lehrleistung bei schrumpfendem Etat. Hinzu kommen noch Unsicherheiten in der längerfristigen Planung.

Abbau fachwissenschaftlicher Kapazitäten droht

Zwei Gutachten und die Frage, für welche Strategien sie genutzt werden, beschäftigen die Fachgruppe zurzeit: Nachdem im Januar des Vorjahres das Gutachten des Wissenschaftsrates (WR) den MIN-Fächern an der Uni Hamburg sehr gute Noten erteilt und finanziellen Nachholbedarf festgestellt hatte, wurde in diesem Januar die Präsentation des WR-Gutachtens für die Geistes- und Sozialwissenschaften bei grundsätzlich guten Noten nicht mit ähnlichen Forderungen verbunden. Zugleich wird zweitens die Umstrukturierung der Hamburger Lehramtsausbildungen von den „Empfehlungen der Expertenkommission zur Fortschreibung der Reform der Lehrerbildung“, der sogenannten Terhart-Kommission, begleitet.

Schon jetzt wird mit diesem Papier argumentiert, wenn Kürzungen vorgenommen werden. Das Papier, ausschließlich von Erziehungswissenschaftler_innen und Kultusbürokraten erarbeitet, sorgt zugleich für große Sorge in den an der Lehrerbildung beteiligten Fachwissenschaften. Die nach dem Hamburger Modell in den Erziehungswissenschaften beheimateten Fachdidaktiken – sofern sie noch existieren – sehen sich ebenso bedroht, wie ein erheblicher Abbau fachwissenschaftlicher Kapazitäten aus den geplanten neuen Modellen zu befürchten ist. Daher unterstützt die GEW die gemeinsame Stellungnahme der Fachschaftsrate Lehramt an beruflichen Schulen zur prekären Personalsituation in der Berufs- und Wirtschaftspädagogik wie auch die Kritik des Fachschaftsrats Sonderpädagogik an den Stellenstreichungen in der Behindertenpädagogik.

Weiter dicke Bretter bohren

Das Lehrauftragsthema, der CoC-Prozess, die Umsetzung des Tenure-Track-Programms, die

Personalratsarbeit und die Auseinandersetzung um einen StEP, der tatsächlich der Entwicklung einer mittel- bis langfristigen Strategie auch und vor allem im Bereich des wissenschaftlichen Nachwuchses dient, bilden weiterhin besondere Schwerpunkte der Hamburger GEW-Arbeit im Bereich Hochschule und Forschung.

Ein Dank für die grundsätzlich positive Entwicklung hin zu etwas mehr Beschäftigungssicherheit und die Aufrechterhaltung eines Handlungsdruckes gegenüber der Uni und der Behörde geht insbesondere an unsere Aktiven in der Fachgruppe, die sich auch in verschiedenen Gremien der Uni – ob im Akademischen Senat oder im Personalrat – engagieren. Wir werden weiter bohren, um hier deutlichere Verbesserungen zu erreichen.

FREDRIK DEHNERDT
(stellv. Vorsitzender),

JOCHEN MEISSNER und

MARC HINZELIN (Sprecher der
FG Hochschule und Forschung)

REZENSION 1

Vom Bohren dicker Bretter

Zahlen und Argumente zum Zusammenhang von Wirtschafts-, Steuer- und Bildungspolitik

Alle Verbesserungen im Bildungsbereich, seien es Gruppen- und Klassengrößen, moderne Räume und die digitale Ausstattung oder die Arbeitsbedingungen und Einkommen der Beschäftigten, kosten Geld. Es ist das Grundanliegen der GEW, dafür die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen. Auf nahezu jede Forderung an die Regierungen kommt die Antwort: Dafür ist kein Geld da! Sorry, wir müssen die Schuldenbremse einhalten!

Die GEW bleibt jedoch dabei, dass eine „vernünftige“ Finanzierung und Ausstattung des Bildungswesens eine zwingende Voraussetzung für eine demokratische, inklusive, soziale und auch wirtschaftlich prosperierende Gesellschaft in unserem Land ist. Diese Voraussetzung ist weiterhin nicht gegeben. In dieser Situation hat sich die GEW entschlossen, die Initiative „Bildung. Weiter denken!“ zu starten, um mehr Geld für die Bildung durchzusetzen.

Denn: Bessere Bildung in Kinder- und Jugendhilfe, Schule, Berufsbildung, Hochschule und Weiterbildung sowie die Verbesserung der Arbeits- und Einkommens- und der sonstigen Rahmenbedingungen in allen Bildungseinrichtungen können nur erreicht werden, wenn Bund, Länder und Kommunen erheblich mehr Geld für Bildung aufwenden. Aktuelle Herausforderungen wie z.B. die Inklusion, die Ganztagschulen, die Integration der geflüchteten Kinder,

Bildung. Weiter denken!



Bildungsfinanzierung. Weiter denken: Wachstum, Inklusion und Demokratie.

Warum jetzt dringend mehr Geld für Bildung ausgegeben werden muss.
Und woher es kommen sollte!

www.gew.de/weiter-denken

Jugendlichen und Erwachsenen, die Gestaltung des Bildungsprozesses in einer Migrationsgesellschaft, die Sanierung maroder Bildungseinrichtungen und ihre digitale Ausstattung sind ohne eine Erhöhung der Bildungsausgaben nicht zu bewältigen.

Um diese Ziele zu erreichen, ist dreierlei notwendig:

Erstens – eine verstärkte Einmischung in die Auseinandersetzung um die Finanzpolitik,

zweitens – eine anschauliche Darstellung der Anforderungen zur Verbesserung der Arbeits- und Rahmenbedingungen in den Bildungseinrichtungen

und drittens – die Erzeugung von gesellschaftlichem Druck durch Aktionen, Bündnisse, Lobbyarbeit und gemeinsame Appelle mit gesellschaftlich relevanten Gruppen.

Zu nennen wären hier zum

Beispiel unsere Aktivitäten im Kita-Netzwerk, bei der Volksinitiative „Gute Inklusion“, in der AG „Gute Arbeit in der Wissenschaft“ oder auch unser Appell „Schule für geflüchtete Kinder und Jugendliche“.

Unser Ziel ist, eine verbesserte Bildungsfinanzierung durchzusetzen. Wir wollen die Politik überzeugen, dass gute Bildung mehr Geld wert ist.

Um eine kompetente Einmischung in die Auseinandersetzung über die aktuelle und zukünftige Finanzpolitik in Deutschland zu ermöglichen, hat die GEW Bund mehrere Studien vorgelegt:

- Die Studie „Bildungsfinanzierung der öffentlichen Hand – Stand und Herausforderungen“ ermöglicht, Einzelpositionen der aus GEW-Sicht notwendigen Bildungsausgaben zu beziffern.

- „Richtig gerechnet!“ ist das Steuerkonzept der GEW, das erläutert, mit welchen steuerpolitischen Maßnahmen die Einnahmeseite so verbessert werden könnte, dass gute Bildung und gute Arbeit finanzierbar wären.

Nun stellt die Studie „Bildungsfinanzierung. Weiter denken: Wachstum, Inklusion und Demokratie“ den Zusammenhang zwischen der Wirtschafts- und Steuerpolitik, der Bildungsfinanzierung und der gesellschaftlichen Entwicklung dar. Es handelt sich um eine fundierte wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Politik der letzten Jahrzehnte. Diese hat dazu geführt, dass die öffentliche Daseinsvorsorge und damit die finanzielle Ausstattung der Bildung so weit zurück gefahren wurden, dass die aktuellen Herausforderungen nicht mehr zu bewältigen sind.

Die Studie soll dazu dienen, Argumentationslinien in der herrschenden Finanz- und Wirtschaftspolitik zu verstehen und Gegner_innen eines handlungsfähigeren Staates wissenschaftlich begründete Argumente entgegen zu halten. Gleichzeitig soll die Studie die Gefahren aufzeigen, die eine mangelnde finanzielle Ausstattung der Bildung für die Gesellschaft beinhaltet – und die Chancen, wenn eine Umkehr stattfindet! Die Auseinandersetzung um die Finanzpolitik und das Eintreten für eine verbesserte finanzielle Ausstattung der Bildung ist das „Bohren dicker Bretter“, vor allem auch deshalb, weil auch für andere Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge mehr Finanzmittel benötigt werden.

Die Broschüre kann über die Geschäftsstelle bezogen werden. Zu Vorstellung und Diskussion dieser Studie werden wir eine Veranstaltung mit dem Autor durchführen.

Referate B Bildungspolitik
und C Bildungsfinanzierung